

feil sind, verwegen und feig, da ist nichts zu bessern, da ist jede Bemühung zu überzeugen vergebens, hier hilft nur festes, unerschütterliches Entgegentreten. Viel könnten die größern deutschen Fürsten helfen, wenn sie die Sache unbefangen in das Auge fassen möchten, würden sie offen und aufrichtig gegen die Centralgewalt verfahren, sie in allem unterstützen, sich mit ihr einverstehen, wir würden weiter fortschreiten; dies wechselseitige Mißtrauen der Regierungen, welche glauben, der Frankfurter Reichstag wolle sie um alles bringen, und des Reichstags, welcher glaubt, die Fürsten wollen keine Concessionen machen, hemmt nur und bezweckt nur schlimmes. Oestreich muß thätigeren Antheil zeigen, und sich erklären, was und wie es will, sonst verliert dieser Staat jeden Einfluß. Preußen muß die Absicht einer Hegemonie aufgeben, sonst gräbt sich dasselbe seine eigene Grube; beiden Staaten gebührt, als den mächtigsten, der erste Rang, der erste Einfluß, allein er muß fern von selbststüchtigen Absichten sein; es würde sonst das auf dem Wege der Erschütterungen herbeigeführt werden, was wir auf jenem des Friedens, des Einverständnisses herbeiführen müssen, weil es unvermeidlich ist, nemlich die deutsche Einheit. Es handelt sich also hier, will man sie durch einen festen, keinen verlegenden Bund bewirken, oder soll sie entstehen, daß alle Regierungen gestützt werden: auf dem Wege der Demagogie. Ersterer ist der friedliche, gerechte, letzterer jener von namenlosem Beh. Möchten doch alle dieses begreifen, aber leider gibt es selbst unter den sonst vielen Guten einseitige, die nur das Interesse ihres Landes vor Augen haben, und des gemeinsamen deutschen vergessen; sie irren sich sehr. (Schluß folgt.)

Deutschland.

Berlin, 11. Juli. Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten hat heute folgende Benachrichtigung an den Handelsstand in den Ostseehäfen gerichtet:

Ich beileide mich, das Vorsteher-Amt der Kaufmannschaft vorläufig davon in Kenntniß zu setzen, daß gestern ein Waffenstillstand mit Dänemark von den beiderseitigen Bevollmächtigten hier unterzeichnet worden ist. Sobald die Ratifikation erfolgt ist, wird darüber, so wie wegen der Aufhebung der Blokade, weitere Mittheilung ergehen.

Berlin, 12. Juli. Der Waffenstillstand und die Friedens-Präliminarien zwischen den deutschen Staaten und Dänemark sind am 10. d. M. hier in Berlin von dem preuß. Bevollmächtigten von Schleinitz und dem dänischen von Rees vorbehaltlich der Genehmigung der beiderseitigen Regierungen abgeschlossen und unterzeichnet worden. Der Plan, das Herzogthum Schleswig nach der Sprachgrenze zu theilen, welcher dort im Lande selbst heftigen Widerspruch fand, ist aufgegeben. Das Herzogthum Holstein soll dem Vernehmen nach als ein Theil des deutschen Bundesstaats, das Herzogthum Schleswig dagegen als ein unter dänischer Oberhoheit stehender, von Deutschland unabhängiger Staat in dieser Uebereinkunft anerkannt sein.

— Dagegen meldet die „Konstitutionelle Correspondenz“:

Berlin, 12. Juli. Ein Kurier, welcher in verwischener Nacht eingetroffen ist, hat Herrn von Rees nach Kopenhagen berufen. Er ist heute früh dorthin abgereist, ohne daß es vorher zum definitiven Abschlusse des Waffenstillstandes gekommen sein soll. Man vermuthet, daß entweder das Kabinet von Petersburg in Kopenhagen eine energische Sprache zur Anbahnung des definitiven Abschlusses hat führen lassen, oder aber, daß die traurigen Ereignisse vor Friedericia von Neuem den Uebermuth der Dänen angestachelt und zu erhöhten Forderungen verführt hat, die neue Instruktionen des Agenten nothwendig machen.

Berlin, den 13. Juli. Das bekannte und seiner Zeit theilweise von der Presse veröffentlichte Ministerial-Rescript wegen der Referendarien und Auscultatoren ist kürzlich nun auch den hiesigen Untergerichten zur Nachachtung mitgetheilt worden. Es heißt darin, daß sich namentlich unter den jüngeren Juristen, zu denen die Referendarien und Auscultatoren gehören, eine politische Richtung kund gegeben hätte, welche den Maßregeln der Regierung völlig entgegen sei. Vorzugsweise hätte sich eine besondere Neigung bei ihnen gezeigt, sich in solchen öffentlichen Verhandlungen als Redner zu betheiligen, welche die Schritte der Regierung zu verdächtigen sich bemühten. Hierdurch würden dieselben aber nicht nur in ihrer Ausbildung zu ihren dereinstigen Stellungen im Staate behindert, sondern ein solches Auftreten sei auch mit ihrer Pflicht als Beamte nicht vereinbar. Die Ober- und Untergerichte sind daher angewiesen worden, in dieser Beziehung auf die jüngeren Juristen zu achten, und wenn eindringliche Verwarnungen fruchtlos sind, hiervon die nöthige Anzeige zu machen, damit das Weitere veranlaßt werden könne.

Koblenz, 10. Juli. In einer gestern Abend stattgehabten Versammlung des hiesigen Biusvereines sprach man sich stark ta-

delnd über die jüngst erlassene Erklärung des Biusvereines in Trier hinsichtlich der Wahlen zur Kammer der Abgeordneten, als einer dem Wirken des Vereines durchaus fremden, politischen Sache, aus, und wird dem Trierer Biusverein gewiß die Klüge des Vorortes gleich dem Kölner Verein nicht ausbleiben. Wenn durch derartige Erklärungen, wie der Trier'sche und Kölner Biusverein ihren Statuten und Zweck zuwider gethan, die Regierung dadurch mißtrauisch gemacht, sich bewogen finden sollte, die Vereine zu überwachen oder sie gar als staatsgefährlich betrachten und daher verbieten sollte, — wer, fragen wir, trüge wohl die Schuld davon? — Daher müssen die Vereine sehr auf ihrer Hut sein, damit einem solchen dem Wesen des Vereines durchaus nicht angehörenden Treiben der Eingang verschlossen werde. (Rh.-u.-M.-Z.)

München, 11. Juli. Die hiesigen Zeitungen theilten gestern folgende Proclamation des Königs mit:

Baiern: Ihr kennt die ernststen Umstände, welche die Auflösung der Kammern veranlaßt haben. Ihr habt mit mir die traurige Nothwendigkeit gefühlt und beklagt, diese Maßregel in einem Augenblicke eintreten zu lassen, in welchem eine würdige, wohlmeinende Mitwirkung der Kammern die glückliche Lösung so mancher schwierigen Frage und dadurch das Heil Deutschlands, wie die Wohlfahrt des bayerischen Volkes gefördert haben würde.

Ein biederer Volk, — das allen Versuchen einer verbrecherischen Partei mit stichtlicher Kraft widerstanden, das mit Abscheu den Treubruch Einzelner von sich gewiesen, und das Mir wie überall, so auch auf Meiner jüngsten Reise durch einen Theil des Landes die unzweideutigsten und herzlichsten Beweise von Liebe und Anhänglichkeit gegeben hat, — ein solches Volk wird die Worte nicht unbeherzigt lassen, die sein König ihm zuruft in einem Augenblicke, in welchem das Schicksal des Vaterlandes abermals in die Hände seiner Vertreter gelegt werden soll.

Treu den Bestimmungen der Verfassung, und durchdrungen von der Ueberzeugung, daß eine tüchtige Volksvertretung den sichersten Hort für die Freiheit und das Glück der Völker, wie die kräftigste Stütze der Throne darbietet, erkenne Ich die Nothwendigkeit, die Kammern, sobald als möglich wieder zu berufen, und Ich habe deshalb nicht gesäumt, nach dem Antrage Meiner Minister die unverweilte Vornahme neuer Wahlen anzuordnen.

Sollen jedoch die Männer, welche aus diesen Wahlen hervorgehen, ihre große Aufgabe lösen, so müssen sie ein wahres und warmes Gefühl für Gesetz und Recht, eine weise Mäßigung in der Wahl der Mittel, eine edle Aufopferungsfähigkeit und jenen Grad ächter, sittlicher Bildung besitzen, welche, jedem Vorurtheile fremd, den Beruf der Volksvertretung nicht im starren Verneinen und im Zerstören des Bestehenden, sondern in einem thatkräftigen Entwickeln des vorhandenen Guten, und in einem lebendigen Befördern der geistigen und materiellen Interessen des Landes erkennt. Mit Männern, die das Gefühl der Ehre und Pflicht, mit treuer Vaterlands- und Liebe wie mit aufrichtiger Anhänglichkeit an das konstitutionell-monarchische System verbinden, und ihre geistigen Kräfte dem wahren Wohle des Landes weihen, — mit solchen Männern kann und wird Meine Regierung die großen Fragen der Gegenwart zu lösen vermögen; und fürwahr, Baiern ist nicht arm an solchen Männern!

An dem gesunden Sinne des Volkes ist es jetzt, zu beweisen, daß es verstehe, das wahre Verdienst zu erkennen und zu unterscheiden zwischen ächter Vaterlandsliebe und unheilbringender Parteileidenschaft, zu wählen zwischen den gesinnungsvollen Verteidigern der gesetzmäßigen Freiheit und gewissenlosen Vorkämpfern solcher Theorien, deren Durchführung die Gewalt, deren Verwirklichung die Revolution heraufbeschwören muß.

Baiern! Euer König hält, was er Euch versprochen! Freiheit und Gesetzmäßigkeit sollen nicht Worte sein ohne That; die wahren Bedürfnisse des Volkes zu erkennen und zu erfüllen, ist Meines Herzens innigster Wunsch.

Aber, wie Ich die Pflicht anerkenne, Meines Volkes Glück zur Aufgabe Meines Lebens zu machen, so habe Ich das Recht, zu verlangen, daß Mein ernstster Wille treu und kräftig gestützt werde von denen, die das Gesetz beruft, mitzuwirken zum Heil der Gesamtheit.

Möge das Gefühl für den Ernst der Zeit und für die Gefahren des Vaterlandes den Geist des Volkes durchdringen, damit es mit Umficht die Männer prüfe und wähle, denen es in der Stunde der Entscheidung die Geschicke des Vaterlandes anheimstellt.

München, den 4. Juli 1849.

Max,

v. Kleinschrot. Dr. Aschenbrenner. Dr. Ringelmann.
v. Lüder. v. Zwehl.

München, 11. Juli. Die Urwahlen für den nächsten Landtag sind auf den 17. Juli, die Wahlen der Abgeordneten auf den 24. Juli anberaumt und die Wahlergebnisse sofort bis zum 1. August dem Könige vorzulegen.

A. Z.